

# PROKLAMATION!

## WAHLPROPAGANDA DER LINKEN LISTE LINZ

### Statt Parkpickerl – Freifahrt in Öffis für Studierende!

Von Linus Deitermann und Sven Janson

Autos sind für die meisten Studierenden nicht finanzierbar. Außerdem sind Autos deutlich unsicherer und umweltschädlicher als der öffentliche Verkehr. Es wäre gut, wenn man kostenlos Straßenbahn und Busfahren könnte, bedeutete es doch, dass man mehr Geld zur Verfügung hätte. Und wir wollen mehr Geld zur Verfügung haben! Die von einer Initiative der FPÖ ausgehende und von SPÖ und ÖVP durchgesetzte Streichung des Aktivpass für Leute ohne Linzer Hauptwohnsitz im letzten Jahr zeigt, dass die drei großen Parteien eine Verkehrspolitik betreiben, die auf einem umweltschädlichen und alle Menschen ohne Auto ausgrenzenden Konzept beruht. Einem Konzept also, dass auf den Ideen der 60er und 70er Jahre des vorherigen Jahrhunderts basiert.

VSSTÖ und AG agieren als studentische Vorfeldorganisationen und politischer Kindergarten der beiden Staatsparteien demgemäß und halten die Parkplatzsituation an der JKU für wesentlich wichtiger als den öffentlichen Verkehr. Wir vertreten ein anderes Konzept. Wir unterstützen die Kampagne der KPÖ für die Freifahrt in allen Linzer Linien. Mindestens wollen wir die Aufhebung der Zugangsbeschränkungen beim Semesterticket und beim Aktivpass, sodass diese für alle Studierenden unabhängig von Alter und Wohnort erhältlich sind. Denn Autos und Autoverkehr sind bürgerlich, her mit der freien Fahrt für freie Studierende!

## VOM 19.-21. MAI LINKE LISTE LINZ WÄHLEN!

### Statt Privatisierung - Finanzierung aus öffentlicher Hand!

Von Sven Janson

Universitäten geraten immer stärker ins Visier der privaten Investor\_Innen, neben den Drittmittelfinanzierungen für gewünschte Forschungsprojekte und die Bereitstellung von Infrastruktur und Gebäuden sind es vor allem die Servicebereiche, die verheißungsvolle Gewinne versprechen. Ein Beispiel dafür ist die Österreichische Mensen Betriebsgesellschaft mbH (ÖMBG). Diese arbeitet strikt gewinnorientiert und verzichtet daher auf alles was diesem Ziel nicht dient. Das führt dann auch dazu, dass es in den Ferien kein vegetarisches oder gar veganes Menü gibt. Zudem führt die „strikt kostendeckende Arbeit“ dazu, dass es weder ein Fair-Trade noch ein Bio-Angebot gibt. Letztlich geht es der ÖMBG nämlich nicht wirklich um „deine Ernährung“ und „deine Aufnahme- und Lernfähigkeit“, vielmehr geht es darum Gewinn aus deinem Hunger zu machen.

Aus diesem Grund müssen die Mensen zu den selbstverwalteten Strukturen der Unis und damit den Student\_Innen gehören, dann können diese, ohne einen Gedanken an die Gewinne zu verschwenden, entscheiden, was auf den Tisch kommt und was nicht. Das darf aber noch nicht das Ende der Fahnenstange sein. Wir fordern die Ausfinanzierung der Universitäten aus öffentlicher Hand, statt die Förderung von Privatisierungen!

### Statt Kettenverträge - Festanstellung für Lehrende!

Von einigen Lehrenden der JKU

Die Beschäftigten an Universitäten arbeiten zunehmend unter prekären Bedingungen. Befristete Verträge und hohe Zahlen an externen Lehrbeauftragten sind gang und gäbe; eine neoliberale Wettbewerbslogik hält zunehmend Einzug. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten (erzwungene Mobilität, mangelnde Planbarkeit von Biographien und Beziehungen etc.), sondern auch auf die Studierenden: Die Kontinuität und Qualität der Lehre und Betreuungen, insbesondere alternative und kritische Lehrinhalte geraten unter Druck. Für die prekär Beschäftigten wird es immer schwieriger inhaltlichen Ansprüchen in Lehre und Forschung gerecht zu werden. Dies zu verändern gelingt nur gemeinsam!



## Statt Rüstungsforschung - Friedensklausel an der JKU!

Von Linus Deitermann

Wir von der Linken Liste Linz betreiben momentan eine Kampagne für eine Friedensklausel an der JKU, wie sie schon an einigen deutschen Universitäten besteht. Eine solche Klausel würde Rüstungsforschung verbieten, was heißt, dass Konzerne des militärisch-industriellen Komplexes keine Forschungsaufträge und keine Förderungen vergeben dürfen. Wir sind grundsätzlich gegen jede Drittmittelförderung und alle anderen Formen der Teilprivatisierung des Universitätsbetriebs, halten es aber aufgrund der zunehmenden Militarisierung der EU insgesamt und Österreichs im Speziellen für notwendig, gegen Rüstungsforschung gesondert vorzugehen. Wir wollen damit unseren Widerspruch einlegen gegen die kriegstreiberische Feindschaft zu Russland, gegen den rassistischen Krieg gegen Elends- und Kriegsflüchtlinge im Rahmen von Frontex, gegen die neokolonialen Kampfeinsätze in mehreren afrikanischen Staaten unter Führung der EU, gegen den von den Falken der EU angestrebten Aufbau einer EU-Armee und nicht zuletzt gegen die Besetzung Bosniens und des Kosovo, bei der das österreichische Bundesheer eine zentrale Rolle spielt. Wir machen da nicht mit, statt Rüstungsforschung - Friedensklausel an der JKU!

## Statt Burschenschaften - Antifa-Referat!

Von Sven Janson

Die Zusammenlegung des Referates für Bildungspolitik und des Referates für Gesellschaftspolitik war eine der ersten Amtshandlungen von König Obrovsky. Leider konnte er das Referat für Bildungspolitik nicht streichen, da die Einrichtung eines solchen in §36 Abs. 2 Z 1 HSG als Pflichtreferat fixiert ist. Die Lösung des Problems stellte eine Zusammenlegung dar. Dementsprechend ist im neuen Superreferat nichts passiert und die ÖH somit sozusagen zur institutionalisierten Politikverdrossenheit geworden. Leider konnte oder wollte die ÖH-Exekutive dazu keine Stellung beziehen. Aber ist eh klar, Stellungnahmen sind kein Service und Parkpickerl sind ja eher was fürs Referat für Verkehrspolitik. Ähnlich erging es dem Frauenreferat, das wurde zwar nicht zusammengeschrumpft, tritt aber seit zwei Jahren nicht mehr wirklich in Erscheinung und wenn es in Erscheinung tritt, dann fühlt sich das so an, als hätten die Mitarbeiterinnen alle Genderkurse geschwänzt oder verschlafen. Neben der Stärkung und Entflechtung der genannten Referate fordern wir die Einführung eines Referates für Antifaschismus, denn es ist unerträglich, dass Burschenschafter unbehelligt die Universitäten als ihren Platz zum „Keilen“ (Das Anwerben neuer Mitglieder) benutzen können. Faschismus und Rassismus sind keine gesellschaftlichen Probleme von früher, vielmehr gibt es immer noch zu viele Menschen die diesen einfordern oder gar leben. Diesen muss und kann die Uni mit der Einführung eines Antifa-Referates etwas entgegenstellen!

## Statt Männerbündelei - Gender-Kurse für alle!

Von Linus Deitermann

Bezüglich der Genderkurse wird häufig eine Unbrauchbarkeit behauptet. Das Wissen um die Geschlechterverhältnisse sei irrelevant für Studium und spätere berufliche Laufbahn. Auf eine solche Kritik soll hier geantwortet werden. Es hat auf der Basis der mikroelektronischen Revolution ein enormer Bedeutungszuwachs von intellektuellen Arbeiten stattgefunden. Dieser Bedeutungszuwachs ist verbunden mit einer immer weitergehenden Spezialisierung der Hochschulausbildung, was die Vorbedingung für das Eintreten von Akademiker\_Innen in den arbeitsteilig organisierten kapitalistischen Produktionsprozess ist. Werden Akademiker\_Innen fachidiotisch, also ausschließlich fachspezifisch ausgebildet, werden sie in ihrer späteren Lohnarbeitstätigkeit von der gesellschaftlichen Realität und ihrer eigenen Stellung darin entfremdet sein. Die für alle Studierenden verpflichtenden Genderkurse wirken einer solchen Entfremdung entgegen und stellen damit ein revolutionäres Potential dar, denn: „Mit der Überwindung des Fachidiotismus ist jedoch die Erkenntnis gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge verbunden. Gelingt im Bereich des Hochschulstudiums der Schritt zu solcher Erkenntnis, dann können mit ihr ausgerüstete hochqualifizierte Betriebsärzte, Betriebssoziologen, Angestellte der Massenmedien, ja sogar Richter eine die Wirklichkeit der kapitalistischen Produktionsweise [mithin ihrer patriarchalen Komponente] enthüllende, systemerschütternde Funktion erfüllen.“ (Mandel, Ernest 1971: Der Spätkapitalismus S.247) Deshalb fordert die Linke Liste Linz nicht nur den Erhalt, sondern sogar eine Ausweitung der verpflichtenden Genderkurse für alle Studierenden!

**VOM 19.-21. MAI LINKE LISTE LINZ WÄHLEN!**

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin und Verlegerin: Linke Liste Linz, Melicharstraße 8, 4020 Linz,

fb.com/linkelistelinz // linz@linke-liste.at

Auflage: 50.000.000 // Verteilungsgebiet: Überall

Auftraggeberin: Zentralkommissariat der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

